

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 59. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Juli 2015, 11:40 Uhr  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Hartmut Hamerich (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	i. V. von Jens-Christian Magnussen
Birgit Herdejürgen (SPD)	i. V. von Tobias von Pein
Olaf Schulze (SPD)	
Kai-Oliver Vogel (SPD)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)	
Flemming Meyer (SSW)	

**Weitere Abgeordnete**

Torge Schmidt (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/2558</a> hierzu: <a href="#">Umdrucke 18/4029, 18/4263</a>	
<b>2. Keine Mineralölsteuererhöhung</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/2903</a>	
<b>3. Bericht der Landesregierung über das Fernverkehrskonzept der Deutschen Bahn und der Auswirkungen für Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/4599</a>	
<b>4. Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen der Sparvorschläge der Deutschen Bahn zur geplanten neuen S-Bahnlinie S4 nach Bad Oldesloe</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Umdruck 18/4606</a>	
<b>5. Sachstandsbericht über die Bewilligung von EFRE-Fördermitteln und die zugrunde liegenden Förderrichtlinien</b>	<b>12</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/4560</a>	
<b>6. Sachstand der Planungen zur Verbesserung des Lärmschutzes an der A 1</b>	<b>13</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/4568</a>	
<b>7. Bericht der Landesregierung über</b>	<b>14</b>
<b>1. anhängige Gerichtsverfahren, bei denen es um die Zulässigkeit oder Wirksamkeit in der Vergangenheit veräußerter Seewasserstraßenflächen geht, und</b>	
<b>2. Pläne zur Veräußerung weiterer öffentlicher Seewasserstraßenflächen</b>	
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Umdruck 18/4605</a>	

- 8. Gesamtkonzept für eine neue Fehmarnsund-Querung** 16
- Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/2323](#)
- Fehmarnsundtunnel zügig planen**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/2367](#) - selbstständig -
- Konzept für eine neue Fehmarnsund-Querung**
- Änderungsantrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 18/4607](#)
- 9. Schaffung von Anreizen für einen flexibleren Übergang in die Rente** 18
- Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/2905](#)
- 10. Unternehmensgründungen erleichtern** 19
- Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/3085](#)
- Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen**
- Änderungsantrag der CDU  
[Drucksache 18/3117](#)
- 11. Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring 2015** 20
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/3074](#)
- 12. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015** 21
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2750](#)
- 13. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte Europabericht 2014 - 2015** 22
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2976](#)

<b>14. Entwurf des Terminplans für das Jahr 2016</b>	23
<a href="#"><u>Umdruck 18/4572</u></a>	
<b>15. Verschiedenes</b>	24

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 11:40 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Maßgabe gebilligt, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Kein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger durch „Section Control“ auf unseren Straßen, [Drucksache 18/2694](#) (neu), zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2558](#)

(überwiesen am 21. Januar 2015 an den **Finanzausschuss** und mitberatend an alle weiteren Ausschüsse des Landtags)

hierzu: [Umdrucke 18/4029](#), [18/4263](#)

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass er das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und auch einen Berichtsantrag zum September-Plenum gestellt habe, da dies dem Thema angemessen sei.

Finanzministerin Heinold führt aus, man habe sich vorgenommen, im ersten Halbjahr 2015 die Priorisierung abzuschließen, was bisher nicht habe abgeschlossen werden können. Man habe sich am Vortag geeinigt, sich bis Ende September in der Koalition auf diese Priorisierung zu verständigen. Somit könne man im Landtag im November berichten. Man werde es so rechtzeitig erarbeiten, dass, sollte es notwendig sein, Planungsmittel und Verpflichtungsermächtigungen auszubringen, dies über die Nachschiebeliste geschehen könne. Insgesamt sei man etwas langsamer als geplant.

Abg. Callsen unterstreicht die Wichtigkeit des Infrastrukturpaketes, die auch von der Landesregierung hervorgehoben worden sei. Er gehe davon aus, dass bisher noch keine Planungsschritte für die möglichen Maßnahmen vorlägen, da bisher die Priorisierung fehle. Dadurch werde eine Realisierung weiter in die Zukunft verschoben, was sehr bedauerlich für das Land sei. Summarische Werte zu den Defiziten bei der Verkehrsinfrastruktur seien in Kapitel 2 1 aufgeführt, er bittet darum, dem Ausschuss eine Übersicht der darin enthaltenen konkreten Maßnahmen zur Verfügung zu stellen inklusive einer Übersicht, welche Planungsschritte bis-

her vollzogen worden seien ([Umdruck 18/4695](#)). Dies sei auch unabhängig von einer Priorisierung möglich.

Abg. Dr. Breyer weist auch auf das Thema Breitband hin. Auch er halte eine Aufschlüsselung nach den bestehenden Bedarfen für notwendig.

Finanzministerin Heinold bietet an, die Bitte des Ausschusses an das Verkehrsministerium weiterzuleiten. Zum von Abg. Dr. Breyer angesprochenen Thema Breitband weist sie auf den Bericht hin, in dem dieses Thema dargestellt werde. Zur Dauer der Erstellung legt sie dar, dass es einen sehr großen Bedarf gebe, was zu einem großen Planungsaufwand führe.

Abg. Callsen spricht die im Haushalt enthaltenen 5 Millionen € Planungsmittel an. - Finanzministerin Heinold führt aus, dass ihrer Erinnerung nach im Haushalt 2015 konkret angegeben sei, wofür diese eingeplant gewesen seien. Sie bietet an, dem Ausschuss diese Information nachzureichen ([Umdruck 18/4723](#)). Im Planungsbereich werde aber insgesamt viel Geld auch für Bundesbauprojekte benötigt.

Abg. Dr. Breyer präzisiert zur Frage nach der Breitbandinfrastruktur, dass auf Seite 20 des Berichts der Mittelbedarf zur Unterstützung der privaten Investitionen auf 96 Millionen € festgelegt sei. Er fragt, wie dieser sich zusammensetze. - Finanzministerin Heinold bietet an, auch diese Information nachzureichen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Keine Mineralölsteuererhöhung**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2903](#)

(überwiesen am 17. Juni 2015)

Mit den Stimmen der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/2903](#).

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über das Fernverkehrskonzept der Deutschen Bahn und der Auswirkungen für Schleswig-Holstein**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/4599](#)

Minister Meyer stellt die zentralen Aspekte des Fernverkehrskonzeptes der Deutschen Bahn dar (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift). Er regt an, auch mit der Bahn das Gespräch zu dieser Thematik zu suchen.

Der Vorsitzende unterstreicht für seine Fraktion, dass die Planungen der Bahn, die Fernverkehrsverbindungen Schleswig-Holsteins zu reduzieren, ohne dies vorher zu besprechen, aus seiner Sicht problematisch seien, vor allem auch als Symbol und vor dem Hintergrund der Olympia-Bewerbung Hamburgs.

Abg. Vogel hebt hervor, dass der Verhandlungsspielraum sich aus seiner Sicht auf die Verbindung nach Kiel beschränke, da wenige Einflussmöglichkeiten auf die dänische Seite bestünden. Eine Einschränkung der ICE-Verbindungen sei sehr bedauerlich.

Verkehrsminister Meyer unterstreicht, dass ein Gespräch mit dem neuen dänischen Transportminister in jedem Fall wichtig und seiner Ansicht nach sinnvoll sei. Beim Thema ICE-Verbindung Kiels sei die Bahn hart geblieben. Bei der Relation Hamburg-Kopenhagen habe Schleswig-Holstein angemeldet, dass die Fernverkehrsverbindungen zum Beispiel nach Burg auf Fehmarn weiter genutzt werden könnten, unabhängig von der Frage von Baustellen in Dänemark über diese touristischen Verkehre werde weiter verhandelt. Auch die Trassenkonflikte zwischen Westerland und dem Ruhrgebiet könne unter Umständen gemeinsam mit der NAH.SH vernünftig aufgelöst werden.

Abg. Callsen interessiert sich für die Verbindung zwischen Hamburg und Aarhus. - Minister Meyer legt dar, dass es in dieser Verbindung hauptsächlich um Trassenkonflikte und das neue Konzept der Dänischen Staatsbahnen und erst in zweiter Linie um Fahrgastzahlen gehe. Zu den von der Bahn angeführten Trassenkonflikten habe die Landesregierung Nachfragen gestellt, um diesen Punkt nachvollziehen zu können.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, die Debatte im Landtag zu führen, um auch ein Signal zu senden, dass man die Situation nicht ohne Weiteres hinnehmen wolle.

Abg. Dr. Tietze interessiert sich für die Diesel-ICE, die seiner Ansicht nach möglicherweise auf bestimmten Strecken als Alternative eingesetzt werden könnten, zumal die sonstigen Einsatzmöglichkeiten dieser ICEs sehr begrenzt sei. - Minister Meyer sagt zu, auch diese Frage in die Gespräche mit der Bahn mitzunehmen. Durchgehende Verbindungen mit dem Diesel-ICE seien deshalb auf der Strecke über Flensburg nicht möglich, weil der Diesel-ICE keine Zulassung für die Fahrt durch den Storebælt-Tunnel habe.

Abg. Dr. Tietze regt an, den Diesel-ICE auf der Strecke nach Westerland einzusetzen. - Minister Meyer führt dazu aus, dass die Bahn auf diese Idee auf die Bedienung der Strecke mit Doppelstock-IC-Wagen verwiesen habe, da es dort hauptsächlich um Kapazitätsfragen gehe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen der Sparvorschläge der Deutschen Bahn zur geplanten neuen S-Bahnlinie S 4 nach Bad Oldesloe**

Antrag der Fraktion der FDP  
[Umdruck 18/4606](#)

Der Vorsitzende weist für seine Fraktion einleitend auf die Presseberichterstattung dazu hin, dass es Sparvorschläge der Bahn gebe, das Projekt abzuspicken. Es gehe dabei um einen Vorschlag, wie man die Verbindung dadurch günstiger gestalten könne, indem man auf das dritte Gleis zwischen Ahrensburg-Gartenholz und Bargtheide verzichte.

Minister Meyer legt dar, dass die Landesregierung das Konzept kenne. Zunächst habe eine Zahl zu den Gesamtkosten kursiert, die nicht offiziell gewesen sei, die von ihm und Senator Horch später bekanntgegebene Zahl sei deutlich höher gewesen, sodass man schon früh nach Einsparmöglichkeiten gesucht habe. Es gebe weitere Einsparvorschläge neben dem oben genannten, diese würden derzeit von der Landesregierung bewertet. In der kommenden Woche werde man mit Hamburg darüber sprechen, wie weiter vorgegangen werden solle. Schleswig-Holstein plane weiter mit den ursprünglich dargelegten Verkehrsentwürfen.

Der Vorsitzende weist auf die bereits aufgelaufenen Gesamtkosten hin. - Minister Meyer unterstreicht, dass die Ursache der Kostenexplosionen häufig in Lärmschutzmaßnahmen auf Hamburger Gebiet lägen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Sachstandsbericht über die Bewilligung von EFRE-Fördermitteln und die zugrunde liegenden Förderrichtlinien**

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/4560](#)

Abg. Callsen weist auf die Ankündigung des Wirtschaftsministers zur Vorlage der Richtlinien hin, die seiner Erinnerung nach bereits aus dem Jahr 2014 stamme. Ihn interessiert, wie der Sachstand zu den Richtlinien und die Verwendung der Mittel sei.

Minister Meyer hebt hervor, er könne sich nicht an eine solche Äußerung erinnern. Ohne Mittelgenehmigung beim Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und ohne den Rahmen zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) könne man keine Richtlinien vorlegen, was auch schon für die alten Richtlinien gegolten habe. Das beziehe sich auch auf einzelbetriebliche Fördermaßnahmen. Insgesamt räumt er ein, dass der Prozess zu lange dauere. Die Förderung durch den EFRE habe in Schleswig-Holstein als einem der ersten Länder stattfinden können. In vielen Fragen der Wirtschaftsförderung bestehe eine Kopplung mit dem GRW-Rahmen, der genehmigt sein müsse, was erst in diesem Jahr geschehen sei. Erst danach seien die Rahmenbedingungen bekannt gewesen. Danach seien die Auswahl- und Fördergrundsätze erstellt worden, die im April veröffentlicht worden seien. Dabei sei auch eine intensive Diskussion darüber geführt worden, wie Wirtschaftsförderung aussehen solle, insbesondere zu den Themen einzelbetriebliche Förderung und Innovationsförderung. In diesem Zusammenhang sei auch berücksichtigt worden, wie man mit der Förderung selbst eine Lenkungswirkung entfalten könne. Im Frühjahr habe man die entsprechenden Diskussionen abgeschlossen. Er selbst gehe davon aus, dass alle wichtigen Richtlinien vor der Sommerpause auf den Weg gebracht werden könnten. Entscheidend sei, dass kein Unternehmen, das mit einem Förderwunsch an die Landesregierung herangetreten sei, habe abgewiesen werden müssen. Es könnten bereits Projektanträge entgegengenommen werden, und in Ausnahmefällen bestehe auch die Möglichkeit der Erteilung einer Genehmigung auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn. In Einzelfällen seien bereits Förderungen gewährt worden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Sachstand der Planungen zur Verbesserung des Lärmschutzes an der A 1**

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/4568](#)

Abg. Hamerich erläutert kurz den Berichtsantrag, der darin begründet sei, dass mögliche Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der A 1 daran gescheitert seien, dass die Gelder dafür nicht zur Verfügung gestanden hätten. Da jetzt aber zusätzliches Geld für verkehrliche Infrastruktur zur Verfügung stehe und Baureife für die Lärmschutzmaßnahme gegeben sei, interessiert ihn, ob die Landesregierung beabsichtige, dieses Projekt in Angriff zu nehmen.

Minister Meyer erläutert, dass es für die Lärmschutzmaßnahme an der A 1 die Baureife gebe, aber das Konzept des Landesbetriebes sei, bei der im nächsten Jahr anstehenden Sanierungsmaßnahme die Lärmschutzmaßnahme ebenfalls durchzuführen. Bei einer zeitlich getrennten Durchführung werde über eine längere Zeit eine Baustelle bestehen. Man habe sich dennoch beim Bundesministerium erkundigt, ob die Möglichkeit bestehe, die Maßnahme vorzuziehen, dazu habe es unterschiedliche Auskünfte gegeben, man warte jetzt die Entwicklung ab.

Abg. Hamerich unterstreicht, dass es in dem Bereich ohnehin eine Geschwindigkeitsbeschränkung für Verkehr über 7,5 t bestehe. - Minister Hamerich bestätigt auf die Nachfrage des Abg. Hamerich, dass die Lärmschutzmaßnahme angemeldet werde, man werde das Gespräch mit dem Bund führen. Es mache aber aus seiner Sicht aus wirtschaftlichen Gründen Sinn, die Baumaßnahmen zu kombinieren.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung über**

- 1. anhängige Gerichtsverfahren, bei denen es um die Zulässigkeit oder Wirksamkeit in der Vergangenheit veräußerter Seewasserstraßenflächen geht, und**
- 2. Pläne zur Veräußerung weiterer öffentlicher Seewasserstraßenflächen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/4605](#)

Herr Schleier, stellvertretender Leiter des Referats Häfen und Schifffahrt im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, führt aus, dass es rechtlich um die Reichweite der bundeswasserstraßenrechtlichen Widmung von Bundeswasserstraßen gehe. Es gebe zwei Verfahren, wie Bundeswasserstraßen diese Widmung verlieren könnten, durch Schließung eines Vertrages zwischen Bund, Land und einem Privaten sowie durch die sogenannte Erklärung nach Paragraph 1 Absatz 3 Bundeswasserstraßengesetz, bei der es darum gehe, dass das Land Eigentümer von Flächen werde, die es mit Zustimmung des Bundes selbst nutze - zum Beispiel für die Errichtung von Sportboothäfen. Der auf diese Weise erworbene Anteil an Bundeswasserstraßen könne vom Land als Eigentümer auch veräußert werden. Ursprung dieser Regelung liege im Jahr 1921, da damals das Deutsche Reich nur die verkehrliche Nutzung habe regeln wollen. Verliere eine Fläche die Eigenschaft einer Bundeswasserstraße, könne die Gemeinde darüber entscheiden, was mit der Fläche geschehe. Es gebe nun eine Klage im Land gegen die Übereignung einer Wasserfläche, die darauf abziele, dass die Widmung der Fläche zu Verkehrszwecken fortbestehe und auch weiterhin Zugang bestehen müsse. Öffentliche Nutzungsinteressen bedeuteten in diesem Zusammenhang überdies nicht, dass es öffentlichen Zugang für Jedermann gebe. Die Klage ziele darauf ab, die Nichtigkeit des Kaufvertrags festzustellen.

Abg. Dr. Tietze verweist darauf, dass es sich um einen bereits länger andauernden Prozess handle, der auch die Vorgängerregierung bereits beschäftigt habe. Ihn interessiere, inwieweit bestimmte Rechte nicht eingeschränkt werden dürften. - Herr Schleier führt aus, dass das Land die Nutzung übertragen dürfe, wenn die Nutzung öffentlichen Interessen diene. Das schließe aus, dass ein Sportboothafen nur für Vereinsmitglieder zugänglich sei. Das schließe jedoch nicht aus, dass es privatrechtliche Hausverbote geben könne.

Abg. Dr. Tietze weist auf das Verbot der Gemeinde hin, dort eine Demonstration durchzuführen. Er möchte wissen, wie diese Einschränkung zu rechtfertigen sei. - Herr Schleier führt dazu aus, dass er dazu nicht explizit etwas sagen könne, nach seiner Kenntnis habe das Verwaltungsgericht das von der Gemeinde ausgesprochene Verbot jedoch deshalb aufgehoben, weil diese das Verbot ausgesprochen habe, ohne den Grundeigentümer des Hafens überhaupt zu fragen. Das Verwaltungsgericht habe sich nicht zu der Frage geäußert, ob der Eigentümer Hausverbote aussprechen könne.

Abg. Dr. Breyer legt dar, dass nach der Theorie der Landesregierung ein Teil der Fläche der Bundeswasserstraße entzogen werde, deshalb dürfe die Fläche auch nicht mehr als Wasserstraße genutzt werden. Er schätze die Rechtslage dahin gehend anders ein, dass die rein wirtschaftliche Nutzung nicht den Ländern überlassen werden solle, sondern dass die entsprechenden Unternehmer an den Bund hätten herantreten müssen. Seiner Auffassung nach hätten die Länder nur die Möglichkeit, die Flächen für ihre Zwecke zu nutzen. Es sei strittig, ob auch eine Veräußerung möglich sei. Darüber hinaus sei in dem vorliegenden Fall nicht die Reihenfolge eingehalten worden, da erst die Privaten die Häfen jeweils errichtet hätten und nicht das Land selbst. Aus seiner Sicht fehle darüber hinaus die für Grundstücksverkäufe erforderliche Einwilligung des Finanzausschusses. Ihn interessiert, wie viele Klagen anhängig seien und welchen Vorteil die Landesregierung darin sehe, die Häfen zu verkaufen statt sie zu verpachten. Darüber hinaus interessiert ihn, inwieweit die Landesregierung die Veräußerung weiterer Bundesseewasserstraßenflächen plane.

Abg. Matthiessen plädiert dafür, das Urteil der Gerichte abzuwarten.

Herr Schleier führt aus, dass weitere Verfahren nach Paragraf 1 Absatz 3 Bundeswasserstraßengesetz der Landesregierung nicht bekannt seien. - Minister Meyer legt dar, dass die Landesregierung Veräußerungen restriktiv prüfe, am Ende entscheidend sei jedoch das jeweilige Nutzungskonzept.

Abg. Dr. Breyer legt dar, dass er die Information habe, dass Anträge auf Veräußerung von zwei weiteren Flächen dem Wirtschaftsministerium vorlägen und geprüft würden. Er möchte wissen, ob in diesen Fällen eine Veräußerung und eine Befassung des Finanzausschusses geplant sei. - Minister Meyer hebt hervor, dass man das in guter Abstimmung mit dem Finanzministerium tun werde, was man für geboten halte, eine abschließende Bewertung liege noch nicht vor.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Gesamtkonzept für eine neue Fehmarnsund-Querung**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/2323](#)

### **Fehmarnsundtunnel zügig planen**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2367](#) - selbstständig -

(überwiesen am 9. Oktober 2014)

### **Konzept für eine neue Fehmarnsund-Querung**

Änderungsantrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/4607](#)

Den Vorsitzenden interessiert für seine Fraktion, ob es neuere Planungen in Bezug auf die Fehmarnsund-Querung gebe. - Minister Meyer weist auf die letzte Kommunalkonferenz und die Befassung im Dialogforum hin. Wichtig sei, die Art der Lösung - Brücke oder Tunnel - offenzuhalten. Hinzu komme, dass entschieden werden müsse, was mit der alten, denkmalgeschützten Brücke passieren solle.

Abg. Hamerich spricht die Art der Ausführung des Tunnels und auch die Planung einer möglichen Brücke an und plädiert dafür, die Ergebnisse der Planungen abzuwarten. Im Hinblick auf die Denkmalschutzaspekte weist er auf die schleswig-holsteinische Zuständigkeit hin.

Abg. Vogel unterstreicht, dass sich seiner Kenntnis nach eine deutliche Mehrheit für die Ausführung der Fehmarnsund-Querung als Tunnel ausspreche. Eine Öffnung für eine Brückenlösung entspreche nicht dem Wunsch der Bevölkerung vor Ort.

Abg. Hamerich thematisiert die Einwände der Naturschutzverbände vor Ort besonders gegen einen Tunnel. Aus seiner Sicht sei eine offene Formulierung, die auch die Möglichkeit einer Brücke einschließe, insofern sinnvoll, als eine Querung nicht an naturschutzfachlichen Belangen scheitern dürfe.

Mit Zustimmung des Antragstellers empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend Fehmarnsundtunnel zügig planen, [Drucksache 18/2367](#), für erledigt zu erklären.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag sodann den Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gesamtkonzept für eine neue Fehmarnsund-Querung, [Drucksache 18/2323](#), in der durch den mit gleichem Stimmverhältnis angenommenen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/4607](#), geänderten Fassung zur Annahme.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Schaffung von Anreizen für einen flexibleren Übergang in die Rente**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2905](#)

(überwiesen am 22. Mai 2015 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialausschuss)

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP den Antrag [Drucksache 18/2905](#) zur Ablehnung.

Punkt 10 der Tagesordnung:

### **Unternehmensgründungen erleichtern**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/3085](#)

### **Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen**

Änderungsantrag der CDU

[Drucksache 18/3117](#)

(überwiesen am 18. Juni 2015 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Bildungsausschuss)

Zum Antrag der Fraktion der FDP betreffend Unternehmensgründungen erleichtern, [Drucksache 18/3085](#), und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3117](#), beschließt der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis Freitag, 17. Juli 2015, zu benennen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring 2015**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3074](#)

(überwiesen am 19. Juni 2015 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den **Wirtschaftsausschuss** zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2750](#)

(überwiesen am 20. März 2015 an den **Europaausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse mit Ausnahme des Petitionsausschusses)

Der Ausschuss nimmt das Arbeitsprogramm abschließend zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte  
Europabericht 2014 - 2015**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2976](#)

(überwiesen am 19. Juni 2015 an den **Europaausschuss** und an alle weiteren  
Ausschüsse des Landtags zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung:

**Entwurf des Terminplans für das Jahr 2016**

[Umdruck 18/4572](#)

Einstimmig billigt der Ausschuss den Terminplan für das Jahr 2016, [Umdruck 18/4562](#).

Punkt 15 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende spricht die Presseberichterstattung zur Baustelle an der A 24 an. Ihn interessiert, ob es zutreffend sei, dass das Bauunternehmen nicht mehr zu erreichen sei. - Minister Meyer führt aus, dass bestimmte Zeitpläne durch diejenige Baufirma, die das Ausschreibungsverfahren gewonnen habe, nicht eingehalten worden seien. Die betreffende Firma Betam habe daraufhin durch die Landesregierung Schreiben mit der Aufforderung erhalten, sich an den Zeitplan zu halten, die jedoch zu keiner Reaktion geführt hätten. Vor dem Hintergrund der Nichterfüllung der Leistungsbeschreibung habe der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr den Vertrag gekündigt, es gebe aber bereits ein Nachbieterverfahren und auch ein Vergabeverfahren.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer